

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Birgitt Bender, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/7458 –

Hungern in der Überfluggesellschaft – Maßnahmen gegen die Magersucht ergreifen

A. Problem

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts herrscht in den westlichen Industrieländern ein durch Schlankheit geprägtes Schönheitsideal vor. Der Antrag beklagt, vor allem bei jungen Frauen bleibe dieses Schönheitsideal nicht ohne Folgen. Magersucht (Anorexia nervosa), Ess-Brechsucht (Bulimia nervosa) oder Ess-Sucht (Binge-Eating Disorder) würden heute als psychische Krankheiten eingestuft. Die Auswirkungen der Magersucht seien ein Leben lang zu spüren. Das gesellschaftliche Schönheitsideal sei nie alleiniger Auslöser einer Essstörung. Die dünnen Vorbilder aus Mode und Werbung würden dennoch von der Forschung, unter anderem von der Deutschen Gesellschaft für Essstörungen (DGESS), als mitverursachend für Essstörungen eingeschätzt. Der Antrag kommt zu dem Ergebnis, die Politik dürfe nicht länger tatenlos dabei zusehen, wie Frauen und Mädchen – und vereinzelt auch Männer – unter dem Druck eines maßlos übertriebenen Schlankheitsideals litten. Er enthält eine Reihe entsprechender Handlungsaufforderungen an die Bundesregierung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/7458.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7458 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kerstin Griese
Vorsitzende

Elisabeth Winkelmeier-Becker
Berichterstatterin

Renate Gradistanac
Berichterstatterin

Sibylle Laurischk
Berichterstatterin

Diana Golze
Berichterstatterin

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Elisabeth Winkelmeier-Becker, Renate Gradistanac, Sibylle Laurischk, Diana Golze und Irmingard Schewe-Gerigk

I. Überweisung der Vorlage

Der Antrag auf **Drucksache 16/7458** wurde in der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Februar 2008 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Gesundheit sowie dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag führt aus, nach einer Studie des Robert Koch-Instituts wiesen 22 Prozent der 11- bis 17-Jährigen eine Essstörung auf. In einer Umfrage der Max-Planck-Gesellschaft bei 9- bis 13-Jährigen hätten 49 Prozent der Mädchen und 36 Prozent der Jungen die Frage „Wolltest du jemals dünner sein?“ bejaht und 34 Prozent der Mädchen angegeben, dass sie auch bereits versucht hätten, abzunehmen. Schlankheits-Diäten seien laut dem Bundesfachverband Essstörungen BFR e. V. häufig der Beginn einer Essstörung.

Das von Schlankheit geprägte Schönheitsideal werde vor allem durch die Medien und die Modeindustrie geprägt. Seit Todesfälle von Models aufgrund von Mangelernährung bekannt geworden seien, habe die Politik in mehreren europäischen Ländern reagiert. Auch in Deutschland könne und müsse die Politik Maßnahmen ergreifen. Die Politik dürfe nicht länger tatenlos dabei zusehen, wie Mädchen und Frauen – und vereinzelt auch Männer – unter dem Druck des Schönheitsideals litten, manche dafür sogar ihr Leben aufs Spiel setzten.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf,

- sich für eine Selbstverpflichtung der Modeindustrie einzusetzen, keine Werbeverträge mit untergewichtigen Models abzuschließen bzw. diese nicht in ihre Karteien aufzunehmen;
- eine Kampagne zu Essstörungen zu starten, die auf die negativen Auswirkungen des Schlankheitswahns aufmerksam mache und die Geschlechtsspezifik des Themas besonders berücksichtige;
- die Medien dahingehend zu sensibilisieren, die Themen Schönheit und Schlankheit kritisch zu beleuchten;
- sich bei den Kommunen für deutlich mehr vernetzte Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige einzusetzen;
- in Kooperation mit Ländern, Kommunen, Krankenkassen und Patientenberatungsstellen Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige wie Homepages oder Hotlines zu fördern;
- sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, dass an den Schulen schon früh ein positives Selbstbild zum eigenen Körper vermittelt werde und die Anlaufstellen für Betroffene bei Essstörungen bekannt gemacht und in die Schulen eingeladen würden;

- ein eigenständiges Werbeverbot für „Wunderpräparate“ zur Gewichtsabnahme einzuführen, Verstöße schärfer zu sanktionieren und gemeinsam mit den Ländern für eine bessere Überwachung und Durchsetzung der gesetzlichen Verbote zu sorgen;
- für eine stärkere Sensibilisierung bei der Erkennung und Behandlung von Essstörungen in den Gesundheitsberufen und bei Ärztinnen und Ärzten einzutreten sowie dies in der Aus- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen;
- die Erstellung von Leitlinien für die Diagnose und Behandlung von Essstörungen voranzutreiben und sich für eine effektivere Nachbehandlung nach stationären Therapien einzusetzen;
- die Forschung zu verstärken und zu unterstützen, um z. B. für eine bessere Datengrundlage bei den verschiedenen Essstörungen zu sorgen oder die langfristigen Chancen auf Heilung zu verbessern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zu dem Antrag auf Drucksache 16/7458

Der **Ausschuss für Gesundheit** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7458.

2. Inhalt der Ausschussberatungen

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zu der Vorlage in seiner 89. Sitzung am 13. Mai 2009 eine öffentliche Anhörung durchgeführt und dabei folgende Anhörspersonen angehört:

Thomas Altgeld, (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.); **Sylvia Baeck**, (Verein DICK & DÜNN e. V.); **Sigrid Borse**, (Frankfurter Zentrum für Ess-Störungen gGmbH); **PD Dr. med. habil. Dipl.-Psych. Ulrich Cuntz**, (Medizinisch-Psychosomatische Klinik Roseneck); **Heidi Groß**, (Verband lizenzierter Modellagenturen e.V. – VELMA); **Prof. Dr. med. Beate Herpertz-Dahlmann**, (Universitätsklinikum Aachen, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie); **Dr. med. Hermann Mayer**, (Klinik Hochried, Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien); **Katja Rauchfuß**, (Jugendschutz.net).

Bezüglich der Ergebnisse der Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 89. Sitzung verwiesen.

Der Ausschuss hat die Vorlagen sodann in seiner 92. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten. Dabei betonte die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bei der Einbringung des Antrages vor zwei Jahren sei noch darauf verwiesen worden, dass es beim Thema Magersucht keinen besonderen Handlungsbedarf gäbe und der Bund für diese Frage nicht zuständig sei. Inzwischen habe Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt die Kampagne „Leben hat Gewicht“ ins Leben gerufen, die die Öffentlichkeit zwar stärker für das Thema Magersucht sensibilisiert habe, die aber insgesamt nicht genügend in die Tiefe gehe.

Die öffentliche Anhörung habe verdeutlicht, dass auch Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologinnen und Psychologen, die mit den überwiegend betroffenen jungen Frauen arbeiten, stärker für das Thema sensibilisiert werden müssten, da sie das Problem häufig nicht erkennen würden. Hier gebe es noch einen großen Nachholbedarf. Insgesamt habe die Behandlung der Krankheit, die vor einigen Jahren noch als unheilbar gegolten habe, inzwischen deutliche Fortschritte gemacht. Etwa ein Drittel der Betroffenen könne heute geheilt werden, bei einem weiteren Drittel gebe es immer noch eine hohe Rückfallquote und beim letzten Drittel sei die Krankheit nach wie vor unheilbar. Magersucht bleibe damit die Krankheit mit der höchsten Sterblichkeitsrate bei jungen Frauen. Deswegen sei jeder und jede aufgefordert, in seinem Bereich das Notwendige zu tun.

Die Anhörung habe dabei gezeigt, dass es einen politischen Handlungsbedarf auch auf der Bundesebene gebe. Dringend notwendig seien eine bessere und umfangreichere Forschung, eine stärkere Sensibilisierung bei der Erkennung und Behandlung in den Gesundheitsberufen und eine Selbstverpflichtung der Modeunternehmen, keine Verträge mit untergewichtigen Models abzuschließen. Die dünnen Vorbilder aus Mode und Werbung seien zwar nicht der alleinige Auslöser für Essstörungen, sie leisteten aber der Fehleinschätzung bei jungen Frauen Vorschub, dass sie nicht krank seien und dass es üblich sei, so dünn zu sein. Zu Recht habe daher auch die Entschließung des Europäischen Parlaments (EuB-EP 1777) die Medien aufgefordert, in der Berichterstattung in Magazinen und in der Werbung auf ein realistischeres Bild von Körperbildern hinzuwirken. Mit dem Antrag habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Bewusstseinswandel im Parlament bei diesem Thema beigetragen, der hoffentlich in der nächsten Legislaturperiode zu Beschlüssen des Bundestages führen werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, das Thema Mager-sucht stelle in der Tat ein gravierendes Problem dar, das er-

hebliche Ausmaße angenommen habe. Die Anhörung habe gezeigt, dass es ein ganzes Bündel von Ursachen für die Krankheit gebe. Hierzu zähle beispielsweise der Verlust von Alltags- und Familienstrukturen mit negativen Folgen auch auf das regelmäßige Ernährungsverhalten. Hinzu träten psychische Aspekte wie ein geringes Selbstwertgefühl und der Wunsch, Kontrolle über den eigenen Körper zu haben. Deutlich sei auch geworden, dass Magersucht nicht nur eine Jugenderkrankung sei, sondern auch gravierende Spätfolgen im Erwachsenenalter nach sich ziehe. So seien etwa 25 Prozent der Betroffenen arbeitslos, weil entstandene Defizite nicht wieder aufgeholt werden könnten. Auch der Bund müsse sich daher diesem wichtigen Thema widmen.

Fast zeitgleich zu diesem Antrag sei jedoch von drei Bundesministerien die Initiative „Leben hat Gewicht“ initiiert worden, die viele der im Antrag genannten Aspekte aufgegriffen habe. Es gehe bei dieser Initiative nicht nur darum, die allgemeine Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren, sondern es würden auch Forschungsprojekte in einem Umfang von 7 Mio. Euro finanziell gefördert, u. a. auch zu Präventionsmöglichkeiten und zu Leitlinien für die Therapie. Weiteren Handlungsbedarf, der aber auch von der Initiative abgedeckt werde, gebe es im Bereich der fachlichen und niedrigschwelligen Angebote und einer besseren Vernetzung nicht nur zwischen den medizinischen Fachleuten, sondern auch mit den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern. Diese Aspekte ließen sich nur zum Teil durch Bundesgesetze regeln, sondern vieles davon müsse beispielsweise in die Ausbildungsordnungen aufgenommen werden und auf kommunaler Ebene geschehen.

Was die Modebranche angehe, sei in der Anhörung auch darauf hingewiesen worden, dass das Problem bei den Models in Deutschland – im Vergleich zu Italien und Frankreich – weniger virulent sei, da hier realistischere Konfektionsgrößen zugrunde gelegt würden. Im Übrigen habe die Modeindustrie nach Einbringen des Antrages eine Selbstverpflichtung abgegeben, keine Verträge mit untergewichtigen Models mehr abzuschließen. Insgesamt seien viele Probleme im Antrag zwar richtig erkannt und analysiert worden, viele Forderungen habe die Bundesregierung jedoch inzwischen aufgegriffen. Die Wirkungen der ergriffenen Maßnahmen sollten daher zunächst genau beobachtet und kritisch begleitet werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie teile die bereits geäußerte Einschätzung der Bedeutung des Themas Essstörungen und werde dem Antrag daher zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, der Antrag habe einen wichtigen Impuls gegeben, sich auch im Parlament mit diesem Thema zu befassen. Verharmlosungen des Problems in Deutschland von Seiten der Modelbranche müsse entgegengetreten werden. Wichtig sei es auch, die Generalprävention und Initiativen wie „Kinder stark machen“ zu fördern. Auch Medien hätten einen wichtigen Einfluss und eine hohe Verantwortung in diesem Bereich. Das Ausmaß und die gravierenden Folgen von Essstörungen für die Betroffenen und für ihr familiäres Umfeld machten es notwendig, dass sich alle Beteiligten in Zukunft noch stärker ihrer jeweiligen Verantwortung bewusst würden und entsprechend handelten.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, sie stimme den Einschätzungen der anderen Fraktionen zur Bedeutung des Themas zu. Ein Verdienst des Antrages sei es, dass das Thema in

der öffentlichen Debatte bewusster und stärker wahrgenommen werde. Die Fraktion DIE LINKE. sei wie die Antragstellerinnen und Antragsteller der Auffassung, dass der Bund Maßnahmen zur Bekämpfung der Erkrankung ergreifen könne. Diese fänden sich allerdings nur zum Teil im vorliegenden Antrag wieder. Eine wichtige Frage sei beispielsweise, wie Politik es ermöglichen könne, dass sich alle Kinder eine gesunde und ausgewogene Ernährung auch tatsächlich leisten könnten. Hier habe der Bund selbst Ursachen gesetzt, die Kinder von vollwertiger und gesunder Ernährung ausschließe. Da diese Ursachen im Antrag nicht berücksichtigt seien, werde sich DIE LINKE. bei der Abstimmung enthalten.

Berlin, den 17. Juni 2009

Elisabeth Winkelmeier-Becker
Berichterstatlerin

Renate Gradistanac
Berichterstatlerin

Sibylle Laurischk
Berichterstatlerin

Diana Golze
Berichterstatlerin

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatlerin

